

Sächsisch Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages. Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21296, Schriftleitung Nr. 14574. Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs- teller 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teiler 4 M., unter Eingehalt 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Seitweise Nebenblätter: Landtags-Belage, Synodal-Belage, Ziehungslisten der Verwaltungen der Staatsschulen und der Landesbrotrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabfchluß der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren. Beauftragt mit der Oberleitung (und präseselschaftlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Voenges in Dresden.

Nr. 39

Donnerstag, 17. Februar

1921

Zur Frage der Wohnungs- abgabe (Mietsteuer).

(N.) In der Presse sind in der letzten Zeit häufiger unrichtige Mitteilungen über die Frage einer Wohnungsabgabe (Mietsteuer) veröffentlicht worden. Deshalb sei die Sachlage in folgendem kurzgefaßt: Die Reichsregierung hatte im Dezember 1920 dem Reichsrat den Entwurf eines Wohnungsabgabengesetzes vorgelegt. Dieser Entwurf fand nicht den Beifall des Reichsrats, der seinerseits einen anderen Entwurf ausarbeitete. Beide Entwürfe wurden gleichzeitig im Januar dem Reichstag unterbreitet. Da ihre Prüfung längere Zeit beansprucht, andererseits sofort Mittel zur Hebung des Wohnungsbauwerks benötigt werden, hat der Reichstag die Prüfung der Entwürfe einem Ausschuss übertragen und ein Rotgesetz beschloßen, auf Grund dessen sofort Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Der Inhalt des Gesetzes ist kurz folgender: Die Länder haben zur Förderung des Wohnungsbauwerks in den Jahren 1920 und 1921 zusammen mindestens 20 M. auf den Kopf der Bevölkerung aufzubringen. Zu diesem Zweck erheben die Länder für die Jahre 1921 bis längstens 1940 eine Abgabe von den Anwohnern der vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude. An Stelle dieser Abgabe können die Länder die Mittel durch einen Zuschlag zu einer bestehenden oder durch eine neue Steuer von Grundvermögen von den vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäuden oder vor diesem Zeitpunkt gebauten Grundstücken beschaffen. Die Grundsteuer für diese Abgabe treffen die Länder, falls sie nicht bis zum 1. Mai 1921 durch Reichsgesetz geregelt sind. Die Regelung der Grundsteuer hängt also zunächst von der weiteren Stellungnahme des Reichstages zu den beiden ihm vorliegenden Entwürfen ab, wodurch auch die Entschließung der Länder über Erhebung einer Abgabe von Grundvermögen an Stelle der Wohnungsabgabe bedingt wird.

6. März — nationaler Trauertag.

Berlin, 16. Februar. Die Regierungsparteien des Reichstages hatten vor einiger Zeit die Reichsregierung um Vorklegung eines Gesetzesentwurfs ersucht, durch den ein nationaler Trauertag für die Opfer des Krieges eingeführt wird. Die Reichsregierung hat darauf mit dem beteiligten Reichstag, insbesondere den Reichstagen, Sitzung genommen und nunmehr dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, in dem Sonntag, der 6. März, zum allgemeinen Trauertag erklärt wird. Dieser Vorschlag will dem in weiten Kreisen des deutschen Volkes empfundenen Bedürfnis Rechnung tragen, einen Tag dem gemeinsamen Andenken des Gefallenen der Kaiser aber alle Opfer zu widmen, die der Krieg dem Staat und dem einzelnen auferlegt hat. Der Gesetzesentwurf bezieht sich nur auf dieses Jahr und behält die Frage der dauernden Einführung eines nationalen Trauertages weiteren Erörterungen vor.

Die Polen und die Volksabstimmung in Oberschlesien.

Romano, 16. Februar. Die die Polnische Telegraph-Agentur meldet, haben die Polen in Warschau einen Ausschuß zur Unterstützung der Polen bei der Volksabstimmung in Oberschlesien gebildet. Der Ausschuß wendet Zwangsmaßnahmen an, indem er von sämtlichen Angestellten der Behörden, Handwerkern und Arbeitern die Entrichtung des halben Tageslohnens zum Besten der oberschlesischen Volksabstimmung fordert.

Die schwarzen Truppen.

Paris, 16. Februar. Das französische Kriegsmilitärwesen lehnt es ab, die farbigen Truppen aus dem besetzten deutschen Gebiet zu entlassen. Die französische Führung der Kolonialtruppen sei über Erwarten gut. Seit 1919 sei auch die Zahl der Truppen im Rheinland schon vermindert worden. Jeder Bewilligung eines Schwarzen durch die Kolonialverwaltung werde genau untersucht. Von 227 wegen Mordes nur 72 begründet gewesen. Keine Morte waren Angriffe auf Frauen.

Eröffnung des englischen Parlaments.

Die englische Thronrede.

London, 16. Februar. Das Parlament wurde nach einer feierlichen Eröffnung heute mit einer Thronrede eröffnet, die auf die bevorstehenden Verhandlungen in London Bezug nimmt und dem Vertrauen Ausdruck gibt, daß weitere Fortschritte gemacht werden, um den Friedensverträgen Wirksamkeit zu verleihen, das Einvernehmen in Europa wiederherzustellen und im nahen Osten Ruhe zu schaffen. Die Thronrede spricht weiter die Hoffnung aus, daß die Beratungen über das Handelsabkommen mit Rußland zum erfolgreichen Abschluß gebracht werden. Schließlich läßt sie Gesandtschaften an, welche die Industrie gegen unläuterer Wettbewerb schützen sollen.

Nede Lloyd Georges.

London, 16. Februar. Das Unterhaus trat, gestern nachmittags 4 Uhr zusammen. Lloyd George führte u. a. aus: Die Thronrede sei bemerkenswert wegen der Punkte, die sie nicht behandle. Was die letzte Pariser Konferenz betreffe, so hoffe er, auch das Unterhaus werde eine volle und maßgebende Erklärung der neuen weitreichenden Abmachungen erhalten. Er verlange zu wissen, was allgemein gesprochenes Ziel und Zweck der Londoner Konferenz für die Anfragen sei. Thomas erklärte: Vor allem wolle er die Aufmerksamkeit auf die erste Lage in Irland lenken. Die Thronrede des Königs nehme wohl Bezug auf verbrecherische Gewalttaten in Irland, jedoch nicht auf die Wiederherstellungsmassnahmen der Regierung. Nach Thomas sprach Lloyd George und sagte zu Lloyd George, in eine Erklärung der Pariser Konferenz einzutreten: Wenn man die Tatsache in Rechnung ziehe, daß im Verlaufe der nächsten Wochen in England eine Reihe sehr wichtiger Konferenzen stattfinden werde, so erscheine es ihm unerwünscht, eine solche Ansprache jetzt stattfinden zu lassen. Er wolle nicht über die Art der deutschen Gegenanschläge, sei aber hoch erfreut, daß Gegenanschläge vorgebracht werden sollten, die von den Finanzbehörden des Reiches erwogen wurden mit dem wünschenden Ziele, die wirksamsten Maßnahmen zu treffen, um Deutschland seine Verbindlichkeiten aus dem Vertrage von Versailles erfüllen zu lassen. Bevor man jedoch

den Charakter dieser Gegenanschläge kenne, würde es seiner Ansicht nach unerwünscht sein, eine längere Erörterung im Hause stattfinden zu lassen. Er könne Lloyd Georges Bezeichnung der Konferenz als Revision und Umformung des Vertrages von Versailles nicht annehmen. Er habe wiederholt das Haus an die sehr wichtigen Bestimmungen erinnert, die dem Vertrage angehängt wurden und die Mächte in die Lage versetzten, Vorschläge zur Lösung der gesamten Verbindlichkeiten Deutschlands zu erwägen. Der hauptsächlichste und wesentliche Unterschied zwischen diesen Vorschlägen und den früheren bestesse darin, daß Jahreszahlungen bestanden sollten, die sich nach dem Geheihen des deutschen Ausfuhrhandels richteten. Lloyd George führte weiter aus: Was die türkische Frage anbelange, so werde der Vertrag von Sevres zweifellos zur Geltung kommen. Das höchste Interesse des britischen Reiches, der Verbündeten und tatsächlich der ganzen Welt in dieser Frage sei, daß der Frieden hergestellt werde sowohl im mittleren Osten wie in Mitteleuropa. Hierzu vorbereitete sich der Premierminister über die Fragen von Mesopotamien und dem mittleren Osten. In langen Ausführungen über Irland verteidigte Lloyd George jehann die Nichtveröffentlichung des Strickland-Berichts. Der Bericht habe genug enthalten, um die Regierung davon zu überzeugen, daß von Mitgliedern der Militärstruppen Disziplinlosigkeiten begangen worden seien. Wegen die in Betracht kommende Kompanie sei strengstens eingeschritten worden. Der Premierminister schilderte hierauf, wie die Verhandlungen zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes an der Weigerung der Sinnfeiner, ihre Waffen abzugeben, gescheitert seien, und schloß, bevor die Sinnfeiner den Gedanken an die Errichtung eines unabhängigen Irlands mit Waffengewalt aufgegeben hätten, könne kein Frieden sein. Zur Streifdrohung der Eisenbahnen wegen der Untersuchung der Schießerei von Malton erklärte Lloyd George: Wir werden uns keinerlei Streifdrohung zu unserer Einschüchterung unterwerfen. Unter der Bedingung, daß Beweismaterial für Malton beigebracht werde, gewährte Lloyd George von seinen der Regierung eine Untersuchung und ein ehrliches und unparteiisches Militärgericht. Er hoffe zurecht, daß die Ordnung in Irland und mit der Ordnung die irische Freiheit wieder hergestellt werde.

Die Foreign Trade Financing Corporation.

Paris, 16. Februar. Wie der „Matin“ mitteilt, ist in Chicago in Anwesenheit der größten Bankiers die Foreign Trade Financing Corporation mit einem Kapital von 100 Mill. Doll. gegründet worden, an deren Spitze der Gouverneur der Federal Reserve Board Harding steht und in der auch Herbert Hoover und der Präsident der Standard Oil Company Bedford eine gewisse Rolle spielen. Die Aufgabe der neugegründeten Bank ist nach Mitteilung Hoovers, Lebensmittel und Rohstoffe auf langfristige Kredite zu gewähren.

Beamtenstreik in Oesterreich?

Wien, 16. Februar. Die Staatsangestellten hatten vor einiger Zeit von der Regierung eine einmalige Beihilfe von 1000 Kronen je Kopf und Beamten gefordert. Am Montag erschien eine Abordnung des Zentralverbandes der Staatsangestellten beim Finanzminister und erhob gegen die Verschleppung dieser Frage Protest. Am Mittwoch finden in ganz Oesterreich Versammlungen der Staatsbeamten statt. Es wird, falls sich die Regierung nicht zu einem rechtzeitigen Verhandeln entschließen kann, wahrscheinlich mit einem Streik auf der ganzen Linie zu rechnen sein. Das würde eine erhebliche Störung des Verwaltungsapparates nach sich ziehen.

Smuts' Wahlsieg.

London, 16. Februar. Lord Curzon bezeichneter in einer Rede im Oberhaus den südafrikanischen Wahlsieg des General Smuts als einen Sieg nicht nur für die Union, sondern auch

Die Unruhen in Irland.

London, 16. Februar. Nach einer Reutermeldung aus Cork hat gestern früh eine starke Abteilung Sinnfeiner auf dem Bahnhofe von Innishannon in der Grafschaft Cork einen Personenzug angegriffen, in dem sich 40 Soldaten befanden. Diese erwiderten das Feuer. Drei Soldaten wurden schwer und drei leicht verwundet. Die Angreifer verloren zwei Tote. Sechs Fahrgäste, darunter eine Frau, wurden ebenfalls getötet und mehrere Personen verletzt, darunter zwei Frauen schwer. Ein Hilfszug mit den Toten und Verwundeten nachmittags in Cork eingetroffen.

Schweres Eisenbahnunglück auf Long Island.

London, 15. Februar. Nach einer Reuter Meldung ist ein Expresszug der Long Island-Bahn auf einen Lokolzug der Brooklyn-Bahn gefahren. 215 Personen wurden teils schwer, teils leichter verletzt.

Die Entstehung unserer politischen Parteien.

So vielseitig auch das deutsche Parteileben seit der Reorganisation nach der Novemberrevolution erscheint, so sind es doch in großen ganzen die Grundanschauungen der wichtigsten alten Parteien, die auch die neuen verfesten, und man wird sich in dem Wirbel unseres politischen Lebens nur zurechtfinden, wenn man sich die Entstehung und Entwicklung dieser Parteien beschäftigt. Dazu bietet sich ein soeben veröffentlichtes handliches Buch dar, die im Verlage von J. Neumann in Bamberg erschienene „Geschichte der politischen Parteien“ von Prof. Ludwig Bergsträßer. Der Verfasser betont die verhältnismäßige Jugend des deutschen Parteilebens, das sich in der kurzen Spanne eines Jahrhunderts vor Augen stellen lässt, für deren Lösung man in England und Frankreich viel längere Zeit gebraucht hatte. Kaum war das Deutsche Reich gegründet und die außenpolitischen Schwierigkeiten noch nicht beseitigt, da begannen schon neue wirtschaftliche Konflikte, und aus dieser ungewöhnlichen Belastung unserer Politik entstand die Unfertigkeit unserer parlamentarischen Zustände, von denen Bethmann Hollweg getrauert hat, daß sie aus im Weltkrieg zum Fluch geworden seien. „Man wird die Gesamtentwicklung der politischen Parteien in Deutschland“, fährt der Verfasser fort, „nur dann richtig verstehen, wenn man sie in diesen Rahmen einordnet, wenn man sich die ungeheure Belastung unserer inneren Politik ständig vergegenwärtigt. Zugleich muß man, wenn man Vergleiche zwischen England, Frankreich und Deutschland zieht, immer daran denken, daß die Entwicklung des parlamentarischen Lebens in den beiden erstgenannten Staaten im Generationenalter ist als bei uns, daß sie in beiden durch die geringere Belastung gradliniger verläuft.“ Die erste politische Partei, die sich bei uns entwickelte, war der Liberalismus, der seine geistliche Grundlage erhielt durch die Literatur und Philosophie der Aufklärung, durch das Renaissieren des Bürgertums seit der Mitte des 18. Jahrhunderts. Hatte die französische Revolution dem freiheitlichen Denken in Deutschland die Bahn gebrochen, so war der deutsche Liberalismus doch von vornherein etwas anderes als eine Nachahmung französischer Ideen, bewegte sich in den gemäßigten Formen, die etwa auf Kant's Anschauungen gegründet waren. Nach dem Zusammenbruch des preussischen Staates im Jahre 1806 wagten sich die Gebildeten, welche die eigentlichen Träger der liberalen Bewegung waren, mit ihrer Kritik des alten Staates immer mehr hervor und verlangten eine betrieblige Einrichtung des neuen Staates, daß ein solcher Zusammenbruch nicht wieder vorkomme. So entstand in der Zeit der Freiheitskriege der konstitutionelle Gedanke. In der darauf folgenden Reaktionsperiode wurde die Entwicklung des Liberalismus freilich stark gehemmt, doch setzte er sich immer mehr durch, am stärksten in Baden, wo Welcker und Hoffmann die Führer wurden, in Preußen erst seit dem Thronwechsel von 1840. Das Jahr 1848 brachte dann die erste große Zeit der liberalen Politiker, die sich aber bald in eine gemäßigtere und radikalere Partei spalteten, und diese Scheidung blieb bestehen, führte 1850 zur Gründung des „Nationalvereins“ unter Bennigsen's Leitung, aus dem die nationalliberale Partei hervorging und 1861 zur Bildung der deutschen Fortschrittspartei. Die Anfänge des Konservatismus entstammen aus der Weltanschauung der Romantiker, deren Staatstheoretiker Haller und Stahl die politische Lehre dieser Partei schufen. Den Keim der konservativen Romantiker, der sich in den von D. v. Meiß herausgegebenen „Deutscher Abendblätter“ vereinigte. Gelegentlich zur parlamentarischen Arbeit erhielt die Partei erst 1847 im Vereinigten Landtag, wo eine rechte und eine linke Gruppe vertreten waren. In Abwehr des liberalen Ansturms entwickelte sich dann 1848 die eigentliche konservative Partei, die in der 1848 gegründeten „Kreuzzeitung“ ihr Parteiblatt erhielt. Das Zentrum, der politische Katholizismus, läßt sich als Parteibildung zuerst in den Süddeutschen Landtagen erkennen; hier gab es von Anfang an katholische Gruppen, die besonders in Oesterreich und Bayern so gleich ausgeprägt hervortraten. Besonders war

991 995
226 236
458 467
694 704
929 938
300 305
391 422
629 696
928 953
111 112
418 448
721 737
950 982
188 198
356 359
540 519
727 762
948 987
122 144
405 428
744 764
97082 93
336 344
557 558
738 748
906 979
213 248
464 488
641 699
809 898
72 75 84
358 389
571 574
747 757
947 988

174 181
308 311
442 478
726 738
14 67 84
205 206
332 338
524 527
581 608
106 115
393 317
560 582
777 780
948 978
131 135
354 357
572 590
800 802
94024
292 294
401 412
599 600
987 915
148 151
357 369
608 625
877 878
123 131
388 396
605 649
879 941
201 216
393 398
571 582
819 827
4 26 56
218 228
447 478
968 995
944 945
157 164
347 357
980 703
925 927

e des
erden.
t. 8,